

**Tagungsbericht:**  
**„100 Jahre Gründung der Wolgarepublik:**  
**Russlanddeutsche zwischen Autonomie und Nichtanerkennung“**

Am 12. und 13. Juni 2018 fand die wissenschaftliche Tagung „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik: Russlanddeutsche zwischen Autonomie und Nichtanerkennung“ statt. Die Veranstaltung des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg wurde von der Deutschen Gesellschaft e.V. organisiert und von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland unterstützt. Ermöglicht wurde sie zudem durch die Förderung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, in deren Räumlichkeiten die Tagung stattfand.

Die Autonomie des Siedlungsgebietes der Wolgadeutschen umfasste über 600.000 Einwohner, von denen ca. zwei Drittel deutscher Nationalität waren. In welchen historischen Kontext ist die Wolgarepublik einzuordnen? Welche Erfahrungen machten Wolgadeutsche zu der Zeit der Autonomie, der Zwischenkriegszeit, des Zweiten Weltkrieges und heute? Welche Bedeutung hatte die Autonomie für die Geschichte der Deutschen in der Sowjetunion sowie für deren kulturelle und nationale Entwicklung und Identität? In vier chronologischen Themenblöcken wurden diese Fragestellungen betrachtet und von den ReferentInnen, den Podiumsgästen und dem Publikum diskutiert.

Zunächst begrüßten Markus Meckel, Außenminister a.D., Stiftungsratsvorsitzender, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Prof. Dr. Joachim Tauber, Direktor des Nordost-Instituts (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg, und Hartmut Koschyk, Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V., die Anwesenden. Die spezifischen Erfahrungen Deutscher im Siedlungsgebiet an der Wolga müssten als Teil der deutschen Geschichte ernst genommen werden. Die Referenten stimmten damit überein, dass den Lasten der Russlanddeutschen, verursacht durch den Nationalsozialismus, bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Hartmut Koschyk äußerte schließlich sein Anliegen, in dieser Tagung nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Zivilgesellschaft sprechen zu lassen. Anschließend hielt Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, einen Impulsvortrag, in dem er einen Einblick in die Geschichte der Wolgarepublik gab, die von einem Spannungsverhältnis zwischen der Hoffnung auf Autonomie und der Nichtanerkennung in der Realität geprägt sei. Für ihn sei es wichtig, sich auch zukünftig für die Minderheitenförderung einzusetzen und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern, wie dem Auswärtigen Amt, Jugendorganisationen, Heimatverbliebenen und Aussiedlern zu unterstützen. Dr. Bernd Fabritius lud zu einer „Entdeckungsreise“ zum Thema „100 Jahre Gründung der Wolgarepublik: Russlanddeutsche zwischen Autonomie und Nichtanerkennung“ ein.

Gegenstand des ersten Themenblocks war „Die Nationalitätenpolitik der Bolschewiki, der kommunistischen Partei und ihre Wandlungen in der Zwischenkriegszeit“. Prof. Dr. Frank Golczewski, Historiker an der Universität Hamburg, ordnete die Geschichte der Russlanddeutschen in einem Impulsvortrag zunächst in den europäischen historischen Kontext ein. Er erläuterte, dass – nachdem Lenin vor dem Ersten Weltkrieg auf eine Aufhebung der Kleinstaaterei und Verschmelzung abgezielt hätte – sich die Bolschewiki dann für eine Förderung von Minderheiten eingesetzt hätten, um diese zu integrieren und somit die Sowjetmacht zu stützen. Im Zuge dieser Politik entstanden Autonome Republiken ohne Austrittsrecht aus der UdSSR, wie auch die der Wolgadeutschen. Bisher galt die Weimarer Republik als Verbündeter und den Russlanddeutschen an der Wolga wurden Rechte, die deren kulturelle Identität ausmachten, gewährt, jedoch litten sie an Krankheiten und Hungersnot, was viele zur Auswanderung zwang. Im Zuge der darauffolgenden „Russifizierung“ wurden den Wolgadeutschen jegliche Rechte, wie zum Beispiel die Religionsfreiheit und das Recht auf Bildung in deutscher Sprache, genommen. Prof. Dr. Frank Golczewski erläuterte weiter, dass nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Jahr 1941 eine Furcht der sowjetischen Regierung vor Kollaboration der Russlanddeutschen mit der deutschen Wehrmacht entstanden sei. Es vollzog sich ein Wandel der sowjetischen Nationalitätenpolitik von individuellen Strafen zu Massendeportationen. Die Russlanddeutschen wurden vorwiegend nach Sibirien, Kasachstan und an den Ural zwangsdeportiert. Zum Schluss hob Prof. Dr. Frank Golczewski hervor, dass die Wolgadeutschen Teil eines Systems waren, in dem auch andere Minderheiten von Deportationen getroffen worden seien.

Im anschließenden Panel diskutierten neben Prof. Dr. Frank Golczewski die Podiumsgäste Dr. Dmytro Myeshkow, Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg, und Dr. Nikolai Ivanov, Kunsthistoriker. Dr. Olga Litzenberger konnte leider nicht an der Tagung teilnehmen. Das Podium wurde daher um Natalia Donig, Universität Passau, Forschungsprojekt „Russlanddeutsche – Zeugnisse ihrer Lebens- und Wirkungsgeschichte in postsowjetischen Archiven“, erweitert. Die Journalistin Gemma Pörzgen moderierte die Tagung und leitete die ReferentInnen und Gäste durch die Veranstaltung. Ein Blick auf die Wolgarepublik könne aus verschiedenen Perspektiven erfolgen, jedoch sei es wichtig, dabei das Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und Nichtanerkennung, in dem die Menschen lebten, zu berücksichtigen und eine Kontextualisierung vorzunehmen, leitete Dr. Dmytro Myeshkow das Gespräch ein. Anschließend kamen die Podiumsgäste auf die Forschung zum Thema Russlanddeutsche in der Nachkriegszeit zu sprechen und berichteten von Herausforderungen in ihrer Arbeit mit Archiven. Trotz des Archivierungsgesetzes in Russland, was eine Sicherung der Dokumente gewährt, sei der Zugang zu den Archiven, der zum Erforschen der Historie der Russlanddeutschen notwendig sei, stark eingeschränkt. Natalia Donig und Dr. Nikolai Ivanov stimmten überein, dass selbst das Kopieren von Originalen durch Abdecken und Schwärzen erschwert wird und dass der Einblick in Dokumente immer stärker eingeschränkt werde. Prof. Dr. Frank Golczewski fügte hinzu, dass, um mit diesem Umstand umzugehen, der Druck von Behörden, wie des Auswärtigen Amtes, nach dem Prinzip der Reziprozität eventuell sinnvoll sei. Natalia Donig entgegnete im weiteren Verlauf der Diskussion, das eine Politisierung, die durch staatlichen Druck oder Abkommen, wie am Beispiel von Polen, bisher vermieden wurde. Sie riet in den Archiven anderer Länder, wie der Ukraine, nach Informationen zu suchen.

Dr. Nikolai Ivanov stellte ein Projekt der Nichtregierungsorganisation „Memorial“ vor, für die er arbeitet. Hier werden Gedenktafeln an den ehemaligen Häuserwänden der aus der

Sowjetunion Vertriebenen und Unterdrückten angebracht. Es soll an die Menschen erinnert werden, die Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Anschließend wandte sich das Podium den Fragen aus dem Publikum zu und es folgte ein angeregter Dialog. Das Thema über die Arbeit in Archiven wurde erneut aufgegriffen und auf die Nachfrage, ob eine Beschreibung von Archivbeständen bestehe, erklärte Natalia Donig, dass sie an einem Nachschlagewerk arbeite, dass eine schnelle Möglichkeit der Übersicht über die vorhandenen Dokumente, sowohl in russischer und deutscher Sprache, sein solle und die junge Generation zu neuen Forschungen bewegen würde. Ein Gast aus dem Publikum erklärte sich bereit, gerne die Originale von Dokumenten aus der eigenen Familie für die Archive zur Verfügung zu stellen.

Der zweite Themenblock „Von den Deutschen an der Wolga zu den Wolgadeutschen: Entstehung und Ende eines eigenständigen russländischen Volkes 1764 – 1941“ wurde durch einen Impulsvortrag von Dr. Viktor Krieger, Lehrbeauftragter am Historischen Seminar, Universität Heidelberg, eingeleitet. Er machte die langsame Herausbildung eines nationalen Selbstverständnisses an der eigenen Betitelung der Russlanddeutschen deutlich: von „saratowschen ausländischen deutschen Ansiedlern“, zu „Deutschen an der Wolga“ oder „Wolgakolonisten“, bis hin zu den „Wolgadeutschen“. Trotz der, im Vergleich zur Heimat, verschiedenen politischen, sozialen, kulturellen, geographischen und klimatischen Bedingungen, der Aufhebung des Privateigentums, der Sozialisierung von Grund und Boden und der Trennung von Staat und Kirche durch die Bolschewiki ab 1917, entstand ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Es kam zur Bildung nationaler Vertretungsorganisationen und 1924 wurde die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Wolgadeutschen gegründet. Sie musste sich dem Sowjetstaat unterordnen, bot aber zunächst die Chance für den Aufbau deutschsprachiger Bildungsanstalten und kultureller Institutionen, erläuterte Dr. Viktor Krieger. Nach dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion wurde es der deutschen Minderheit in der Sowjetunion ab August 1941 verboten, wissenschaftlich zu forschen, Bildungs- und Kultureinrichtungen wurden geschlossen und die Menschen verfolgt und diskriminiert. Die russlanddeutsche Bevölkerung, darunter Zehntausende Wolgadeutsche, wurde zwangsdeportiert. Dr. Viktor Krieger berichtete, dass nach dem Kriegsende wichtige Rechte weiter verwehrt blieben und die Deutschen in der Russischen Föderation heutzutage im sprachlich-kulturellen Bereich immer noch benachteiligt würden. Dr. Viktor Krieger bemerkte abschließend, dass die Diskriminierung und Historie der Wolgadeutschen in Russland kaum thematisiert wird.

In der darauffolgenden Podiumsdiskussion erklärte Prof. Dr. Detlef Brandes, Historiker, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, dass die Deutschen in der Sowjetunion zunächst nicht mit der Gründung einer Republik gerechnet hatten. Aufgrund von Armut und Unterdrückung der Religion breitete sich eine Unzufriedenheit aus. Prof. Dr. Victor Dönninghaus, Stellvertreter des Direktors, Nordost-Institut (IKGN e.V.) an der Universität Hamburg, ergänzte, dass die Menschen auf eine Besserung der Lebensumstände durch Selbstverwaltung hofften. Ziel der sowjetischen Regierung war der Machterhalt durch Zugeständnisse, wie die Gründung einer Republik, erläuterte Dr. Viktor Krieger. Edwin Warkentin, Kulturreferent, Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte, betonte, dass die Identifizierung der Menschen als Wolgadeutsche immer noch präsent sei. Auf die Frage der Moderatorin Gemma Pörzgen, wie das Thema der wolgadeutschen Autonomie heute vermittelt werde, antwortete Waldemar Eisenbraun, Kulturreferent der Landesgruppe Bayern in der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, dass es an Ressourcen und Möglichkeiten fehle. Als die Runde mit Fragen aus dem Publikum geöffnet wurde, fügte ein

Gast hinzu, dass es außerdem einen Mangel an Kooperation zwischen deutschen und russischen Historikern in der Aufarbeitung dieser Themen gäbe.

Im dritten Themenblock wurde das Thema „Die (wolga)deutsche Autonomiebewegung der Nachkriegszeit, seit Mitte der 1950er Jahre bis heute“ diskutiert. Die Autonomiebewegung der Deutschen in der Sowjetunion zeige das Verlangen nach Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, erklärte Dr. Alfred Eisfeld, Historiker, Vorsitzender der „Wissenschaftlichen Kommission für die Deutschen in Russland und in der GUS e.V.“, in seinem Impulsvortrag. Zeitweise bedeutete dies die Forderung nach der Wiederherstellung der gesetzwidrig aufgelösten Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. Dr. Alfred Eisfeld skizzierte in seinem Vortrag die Forderungen nach Rehabilitation in Form des Wunsches nach Zurückerlangung der Autonomie im Laufe der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Bewegung startete mit der „religiösen Erweckung“ und Familienzusammenführungen nach 1945. Die Anzahl an Personen, die die Forderung nach einer politischen und rechtlichen Rehabilitierung bei Führungspersonlichkeiten in Partei und Staat äußern konnten bzw. durften, sei gering gewesen. Erst 1974 wurde das Verbot der Rückkehr in die Siedlungsgebiete der Vorkriegszeit aufgehoben. Dr. Alfred Eisfeld führte weiter aus, dass mit Gorbatschows Politik der Glasnost und Perestroika offen über Stalins Verbrechen gesprochen und Autonomieforderungen artikuliert werden konnten. 1989 nahmen die öffentlichen Stellungnahmen von PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen über die Repressionen der Vergangenheit zu. Die Wiederherstellung der Autonomen Republik schien zwischenzeitlich greifbar nahe, doch scheiterte später. Viele Wolgadeutsche hatten die Hoffnung aufgegeben und wanderten nach Deutschland aus.

Anschließend wurde das Thema von Dr. Alfred Eisfeld, Hartmut Koschyk, Prof. Dr. Matthias Weber, Historiker Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Andreas Maser, Mitglied und einer der führenden Vertreter der russland-deutschen Autonomiebewegung seit 1963, auf dem Podium diskutiert. Hugo Wormsbecher konnte nicht an der Tagung teilnehmen. An seiner Stelle war Dr. Walther Friesen, Zeitzeuge der Autonomiebewegung, Experte für Minderheitenpolitik und Dozent des Ausbildungs- und Forschungszentrums ETHNOS e. V., auf dem Podium vertreten. Dr. Friesen betonte, dass es sich schon damals um eine rechtswidrige Auflösung der Wolgarepublik gehandelt habe. Andreas Maser berichtete in dem Diskurs von seinen persönlichen Erfahrungen. Er lernte Deutsch, bevor er in die russische Schule ging. Erst im Studium lernte er über die Rechte der Deutschen in Russland, was in ihm Autonomiebestrebungen auslöste. „Das war Balsam auf meiner Seele“, sagt er. Andreas Maser hob hervor, dass unschuldigen Menschen die Freiheit genommen wurde. Prof. Dr. Matthias Weber kam auf die heutige Zeit zu sprechen und erklärte, dass die Aufarbeitung der Diktaturerfahrung ein wichtiges Recht der Russlanddeutschen sei. Hartmut Koschyk schloss sich dem an und bemerkte, dass für die Bewahrung der Identität der Wolgadeutschen in der Bundesrepublik Deutschland mehr getan werden müsse.

Am zweiten, abschließenden Tag der wissenschaftlichen Tagung, leitete Walker Gauks, Bundesvorsitzender der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, den vierten Themenblock „Die rechtliche und soziale Lage der Deutschen im heutigen Russland“ mit einem Impulsvortrag ein. Er hob zunächst die zukünftigen Chancen der Russlanddeutschen in Russland und ehemaligen Staaten der UdSSR hervor. Die Erinnerung an die Wolgarepublik und die Diskussion darüber habe für die Russlanddeutschen eine wichtige historische Bedeutung und gehöre zum ihrem

Identitätsverständnis, da die kollektiven Deportationen die Russlanddeutschen zusammengeschweißt hätten. Walker Gauks erklärte, dass die Interessenvertretung der Russlanddeutschen in Russland heute auf Regierungsebene möglich sei. Anschließend hielt Edgar L. Born, Pfarrer, Beauftragter der Evangelischen Kirche von Westfalen für die Fragen der Ausgesiedelten und der nationalen Minderheiten, einen Impulsvortrag und legte den Fokus auf seine persönlichen Begegnungen mit Menschen, die in dem Siedlungsgebiet um die Wolga leben. Dadurch gab er einen Einblick in die soziale Lage der Deutschen im heutigen Russland. Er berichtet von einer jungen Frau, die sich als eine russische Staatsbürgerin fühlte und durch die ältere Generation der Russlanddeutschen in Russland auf die deutsche Kultur aufmerksam gemacht worden war. Daraus wurde deutlich, dass für viele Deutsche der Prozess der Assimilierung in Russland weit fortgeschritten war. Edgar L. Born führte weiter aus, dass während seines Aufenthalts in Russland deutlich wurde, dass politische Diskussionen vermieden und die politische und wirtschaftliche Lage, wie die Frage nach der Unrechtmäßigkeit der Annexion der Krim, kaum kritisiert würden. Er beobachtete, dass viele Russlanddeutsche stolz auf ein starkes Russland seien. Des Weiteren erlaube die Globalisierung und Digitalisierung eine internationale Vernetzung der Russlanddeutschen.

Auf dem nachfolgenden Podium diskutierten Walker Gauks, Edgar L. Born, Markus Meckel, und Olga Martens, Herausgeberin „Moskauer Deutsche Zeitung“ zu den genannten Themen. Zunächst fragte Moderatorin Gemma Pörzgen nach den Erfahrungen und Einschätzungen der ReferentInnen zu der autoritären Regierungsführung Putins und der erschwerten Arbeit von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in Russland durch die gesetzliche verankerte Einschränkung. Olga Martens entgegnete, sie wolle nicht über die Rechtslage der Russlanddeutschen referieren, da diese oft nicht mit der Realität übereinstimme. Tatsächlich bestehe eine Einschränkung der Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, jedoch mobilisiere diese auch. Die Moderatorin kam auf die sogenannte „Generation Putin“ und das politische Engagement Russlanddeutscher in Russland zu sprechen. Daraufhin positionierte Markus Meckel sich als ein klarer Putin-Kritiker und erklärte, dass der Rückzug aus grundsätzlichen politischen Fragen von Minderheiten in autoritären Staaten ein bekanntes Phänomen sei. Während Walter Gauks der Meinung war, dass schwierige Fragen angesprochen werden sollten, vertrat Olga Martens den Standpunkt, dass Sensibilität in der Debattenkultur um die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in Russland gefragt war. Sie begründete dies mit dem Argument, dass Russlanddeutsche mit deutschen Pässen nicht zu fürchten hätten, jedoch sich Russlanddeutsche in Russland ohne diese Aufnahmebedingungen in einer anderen schwierigeren Situation befänden. Mit einem lösungsorientierten Blick in die Zukunft warf Markus Meckel den Vorschlag eines Europäischen Minderheitenkommissars, der sich mit der Implementation vorhandener Rechte auseinandersetzen könne, in den Raum und fragte nach konkreten Forderungen der Russlanddeutschen, insbesondere in Bezug auf die Frage der Rehabilitation. Daraufhin erhielt er die Antwort aus dem Publikum, dass es bisher keine gleichwertige Behandlung der Russlanddeutschen mit anderen deportierten Völkern gäbe, für die Museen und Kultureinrichtungen entstanden waren.

Abschließend hielt Dr. Waldislaw Hedeler, Historiker und Publizist, einen Vortrag zum Thema „Die Bedeutung der ASSRdWD für die deutschen Kommunisten und die antifaschistische Emigration der 1930er Jahre“. In diesem Vortrag berichtete er über die Ergebnisse einer Recherche über das Exil deutscher und österreichischer Polit- und Wirtschaftsemigranten in der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD). Es sei der Aufenthalt von 88 deutschen und 71 österreichischen Exilanten in der ASSRdWD bekannt.

Außerdem wurde die Gründung von mit dem deutschen Exil verbundenen Einrichtungen in Engels erwähnt, wie der 1923 gegründete Deutsche Staatsverlag, das Deutsche Staatstheater und das Deutsche Pädagogische Institut. Deutsche und österreichische Fachkräfte wurden 1932/32 angeworben, um in die Wolgarepublik zu kommen und ab 1933 diente die ASSRdWD als Exil für Vorfolgte des Naziregimes. Ab 1935 wurde ihnen faschistische Propaganda vorgeworfen und sie litten unter Repressalien. Es folgten Verhaftungen, Verfolgungen und Ermordungen durch die Regierung der Sowjetunion. Die Opfer waren im Auftrag der Komintern in die Wolgarepublik entsandt worden und ihre Hoffnungen bei Ankunft wurden durch den Terror, dem sie ausgesetzt waren, überschattet. Dr. Waldislaw Hedeler berichtete: „Die KPD-Führung in Moskau wusste von den „Repressalien“, unternahm jedoch nichts gegen die Verfolgung ihrer Genossen.“

In seinem Schlusswort bedankte sich Prof. Dr. Joachim Tauber noch einmal bei allen, die die Veranstaltung möglich gemacht hatten, und begrüßte die Durchführung von gemeinsamen Veranstaltungen in der Zukunft.